



SPÖ Gemeinderatsklub
Rathaus
Maria-Theresien-Straße 18
A - 6020 Innsbruck
Tel. +43 (512) 5360-1331
Fax +43 (512) 5360-1731
klub@spoeinnsbruck.at

Innsbruck, 22.04.2021

ANTRAG

Lehrlingsoffensive in städtischen Unternehmen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck bekennt sich zu einer Lehrlingsoffensive sowie zur Schaffung von Perspektiven für junge Menschen in unserer Stadt. In Umsetzung dieses Bekenntnisses wird der Bürgermeister damit beauftragt, in den städtischen Mehrheitsgesellschaften darauf hinzuwirken, dass die Anzahl von Lehrlingen auf 5% des jeweiligen Beschäftigtenstands erhöht wird.

Als städtische Mehrheitsgesellschaften im Sinne dieses Antrags sind alle städtischen Unternehmungen zu sehen, die über eigenes Personal verfügen und an denen die Stadt Innsbruck entweder direkt oder mittelbar durch Konzernbeteiligungen über mehr als 50% Anteile am Stammkapital verfügt.

Die Erhöhung der Lehrstellen in den städtischen Mehrheitsgesellschaften hat mit Beginn des Lehrjahres 2022/2023 zu erfolgen.

Begründung:

Die städtischen Mehrheitsgesellschaften erbringen essenzielle Dienstleistungen für die BürgerInnen der Stadt Innsbruck. In vielen Bereichen zählen sie zu den innovativsten Unternehmen ihrer jeweiligen Unternehmenssparte.

Für öffentliche Unternehmen stellt neben der Daseinsvorsorge und der Weiterentwicklung des städtischen Infrastrukturangebots auch die soziale Verantwortung für die Bevölkerung der Stadt Innsbruck eine wichtige Aufgabe dieser Unternehmungen dar. Daher gilt es in Anerkennung der im Arbeitsübereinkommen 2018-2024 angestrebten Verdoppelung der Lehrlingsausbildungsplätze und in Anerkennung der dramatischen Auswirkungen der COVID-Krise nun Perspektiven für junge Menschen zu schaffen.

Neben der Lehrstellenoffensive der Stadt Innsbruck selbst, die einen Impuls für die Weitervermittlung an die Privatwirtschaft darstellen soll, liegt es an den städtischen Mehrheitsgesellschaften, langfristig ihre Lehrlingsausbildung in Wahrnehmung ihrer öffentlichen Verantwortung auszubauen.

Bedeckungsvorschlag:

Für die finanziellen Mehraufwendungen der Unternehmen und den möglichen damit einhergehenden Ausgleichzahlungen ist eine Bedeckung im Budget 2022 vorzusehen. Bei etwaigen Dividenden sind die zusätzlichen Kosten in Abzug zu bringen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern Förderungen für die zusätzliche Schaffung von Lehrstellen in den städtischen Unternehmen von AMS, Bund und Land lukriert werden können.

GR Mag. Benjamin Plach, SPÖ